

die Artikel auf einzelne Themen: Gott, Christus, Erlösung, Kirche, Liturgie, Tod und Ethik. Angehängt ist ein Kapitel mit Vorschlägen für Liturgien und Gebete. Allerdings sind die Texte teilweise weiter gehend, als die Überschriften erahnen lassen und sprengen somit den vorgezeichneten Grobrahmen. So etwa Edwards, der in seinem Kapitel zu Gott sowohl die Gottesvorstellungen angeht, aber auch generell die Existenz einer schwullesbischen Theologie anzweifelt. Dagegen kann aber nun McMahan auf den *queer world-view* pochen. Solche grundlegenden Meinungsverschiedenheiten sind sehr selten, machen das Buch aber zweifelsfrei interessant.

Ein Schwachpunkt des Buches ist dagegen, dass in den Texten sehr viel immer wieder ähnlich wiederholt wird, was sich mit der Zeit wie abgegriffene Plattitüden liest. Vielleicht wirken deshalb manche Texte auch sehr ausladend.

Die einzelnen Autoren argumentieren teilweise eigenständig theologisch, teilweise rezipieren sie auch, besonders aus den gängigen amerikanischen Theologien (Clark, Cleaver, Goss). Was viele Texte gemeinsam haben, ist ihr Bezug auf den Feminismus (und die Patriarchatskritik), das Herausstellen der Freundschaft als besonderes Element einer schwullesbischen Theologie. An der schwulen Szene wird überraschend wenig Kritik geübt. Dass Stuart die einzige aus der Autorengruppe ist, die auch religionsgeschichtlich argumentiert, ist schade.

Fast zwei Drittel der Aufsätze stammen von Elizabeth Stuart, die restlichen sind geschrieben von Tim Morrison, Andy Braunston, Malcolm Edwards und John McMahan. Sie haben ihre Texte

auch für Nicht-Theologen gut lesbar geschrieben (sofern man Texte auf Englisch als gut lesbar bezeichnen kann). Beigefügt sind jedem Kapitel Vorschläge zur Arbeit in der Gruppe und Fragen zu den Texten. Dass es dabei bessere und schlechtere Artikel gibt, liegt auf der Hand. Die guten überwiegen jedoch bei weitem. So ist das Buch sicherlich auch in deutschen Verhältnissen brauchbar.

Thomas O. Sülzle

Sexuelle Politiken

quaestio (Hg.)

Nico J. Beger, Sabine Hark, Antke Engel, Corinna Genschel, Eva Schäfer: **Queering Demokratie. Sexuelle Politiken, Berlin: Querverlag 2000, 219 Seiten, 29,80 DM.**

Fast hatte man den Gedanken schon aufgegeben, dass es jenseits der eingetragenen Lebenspartnerschaft, die man ja mittlerweile nicht einmal mehr Homo-Ehe nennen darf, um nicht der Christdemokratie in die Hände zu spielen, so etwas wie schwule Politik gibt oder doch zumindest geben könnte. Der Kampf um »gleiche Rechte«, der in Wirklichkeit ein hoffentlich bald zu Ende gehendes Feilschen um Privilegien für die Liebe einiger Schwuler und Lesben ist, hat zu einem enormen Substanzverlust schwullesbischer Politik geführt. Gegen diese aus den USA importierte »single-issue-Politik« richten sich die Beiträge in dem Sammelband »Queering Demokratie«, der von einer fünfköpfigen Gruppe, die sich »quaestio« nennt, herausgegeben

worden ist und auf eine Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 1998 zurückgeht.

Angelpunkt des Buches ist das Konzept der *sexual citizenship* – ein Begriff, der sich ähnlich wie *queer* nur schwer ins Deutsche übersetzen lässt. Gemeint ist damit eine politische Praxis, die nicht nur um das negative Recht kämpft, dass das Intimleben vom Staat in Ruhe gelassen wird, sondern auch darum, dass Schwule, Lesben, Bi- und Transsexuelle als vollwertige Mitglieder der politischen Gesellschaft entsprechend an deren Gestaltung teilhaben, indem sie sich organisieren und ihre spezifische Kultur verteidigen gegen »heteronormative« Übergriffe verteidigen.

Wie das konkret aussieht, schildert die Politikwissenschaftlerin Ana Maria Smith anhand des Beispiels von Toronto, wo 1981 schwule Saunen und Bars geschlossen und über 200 Personen verhaftet wurden. Die spontanen Proteste, die daraufhin einsetzten, führten dazu, dass sich eine Gruppe von ca. 50 Schwulen und Lesben zusammenfand, die einen engagierten und erfolgreichen Kampf gegen den Staat begannen. Der Polizeiangriff auf die Saunen war Teil einer »Aufräum«-Kampagne, um die Innenstadt Torontos für Investoren und Firmenansiedlungen attraktiv zu machen. Da die Urbanität Torontos, der Erhalt der finanziellen Möglichkeiten, in der Stadt zu wohnen und sich zu versammeln, eine entscheidende Voraussetzung der Existenz und Qualität der schwulen und lesbischen Szene darstellt, bezog die Gruppe die auf Konzerne zugeschnittene Stadtplanung mit in ihre Kritik an der brutalen Polizeiaktion und des homophoben kanadischen Rechtssystem ein und forderte zugleich die

staatliche Finanzierung ihrer kulturellen Projekte.

Smith kontrastiert diese offensive Politisierung der Lebensverhältnisse, die auch zu einer Zusammenarbeit mit der kanadischen Linken geführt hat, mit der »single-issue-Politik« in den USA, wo es diese politischen Allianzen nicht gibt und stattdessen davon ausgegangen wird, dass Gleichheit durch die Integration in bestehende Institutionen, wie das Militär und die Ehe, geschaffen wird. Smith resümiert: »Wir sollten also keine eng festgelegte single-issue-Bewegung aufbauen, sondern einen progressiven Block für alternative Familienwerte, in dem die Rechte sexueller Minderheiten, alleinerziehender Eltern, unverheirateter Heterosexueller, geschiedener Frauen, unehelicher Kinder und Sozialhilfeempfänger gefördert werden. Das Ziel dabei wäre, den Staat davon abzuhalten, die moralische Regelung der Bevölkerung durch die öffentliche Subvention der patriarchalen heterosexuellen Ehe zu verfolgen« (60). Mit aller Klarheit stellt sie fest, dass diese Privilegierung aufgrund der sexuellen Orientierung und des Familienstandes »zutiefst den grundlegendsten Prinzipien der Demokratietheorie« widerspricht. Dieser Gedanke müsste eigentlich in Deutschland dazu anregen, eine Verfassungsdebatte darüber zu führen, ob sich der besondere Schutz von Ehe und Familie überhaupt noch mit unserem politischen Selbstverständnis als Demokratie vereinbaren lässt, die es als Ergebnis nicht von vornherein ausschließt, diesen Passus aus dem Grundgesetz zu streichen.

Sehr aufschlussreich ist auch der Beitrag von dem Glasgower Soziologen David T. Evans, der das Konzept der se-

sexual citizenship konsequent an eine Analyse der »spätmodernen« Gesellschaft zurückbindet. Evans warnt davor, sich von der Rhetorik der postmodernen Beliebigkeit und sexuellen Vielfalt beeindrucken zu lassen, da die soziale Konstruktion der Sexualitäten in der »Spätmoderne« letztlich doch sehr deutlich von zwei Seiten her bestimmt werden. Hierbei agiert der Staat im Namen der »Moral« tendenziell konservativ, während die Ökonomie einer »erzwungenen, »unmoralischen«, ausbeuterischen Verdinglichung von Sexualitäten in spezialisierten sowie globalisierten Freizeitindustrien« Vorschub leistet. Die Anerkennung von Schwulen als *sexual citizens* erfolgt gegenwärtig eher via Konsum als via Politik, doch genau dies unterhöhlt tendenziell die Moral der politischen Gesellschaft.

Evans kritisiert die Parallelisierung zwischen der (homo-)sexuellen Lust und der Lust am Konsum, zwischen (homo-)sexueller Identität und dem warenförmigen, durch Markenkonsum hergestellten Selbst, da sie zu »effizienter Selbstkontrolle« führen und zur Bescheidung mit dem liberalen Mythos »gleicher Rechte«. Um von den Verhältnissen im spätmodernen Kapitalismus abzulenken, wird die Individualität zu einem Fetisch gemacht, dem die gemeinsame politische Praxis geopfert wird. Die alte Religionskritik wird bei Evans, der hierin Foucault folgt, zur Sexualitätskritik: Die »Messen am Altar der Sexreligion« dienen der Verschleierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Sexualität sei zum spätmodernen Opium des Volkes geworden.

Auch wenn dem Buch die »International Bill of Gender Rights« beigefügt ist, verhalten sich die AutorInnen des Bandes gegenüber der Forderung nach mehr Rechten verhältnismäßig skeptisch, da mit den Rechten moralisch-disziplinierende Erwartungen des Staates und die Kontrolle über das Verhalten seiner BürgerInnen verbunden sind. Zugespitzt gesagt, liefert die eingetragene Partnerschaft dem Staat genau die rosa Listen, gegen die die Schwulenbewegung bis vor gar nicht langer Zeit gekämpft hat. Wer garantiert eigentlich, dass dem Missbrauch dieser Daten nicht (eines Tages) Tür und Tor geöffnet werden? Außerdem wird vorgebracht, dass rechtliche Subjektkategorien dazu führen, dass Schwule und Lesben verschiedenster Eigenarten zu einer einheitlichen Gruppe von Homosexuellen homogenisiert werden. In jedem Fall sollten wir, wie Sabine Hark formuliert, »die Sphäre des Rechts nicht verwechseln mit der Sphäre des Politischen (...). Rechte sind nur dann ein Geländer, das uns absichert gegen Schmähung, Verletzung und Ausgrenzung, wenn wir auch politisch um und für ihr Innenleben ringen« (43). Die Schaffung und Aufrechterhaltung einer solchen Kultur ist nicht zuletzt auch eine Aufgabe, an der sich Queer-Gemeinden und schwule Theologie gegen alle Individualisierungstendenzen beteiligen sollten.

Trotz so vieler anregender Anstöße zum Nachdenken über queere Rechtspolitik muss schließlich doch auf eine gravierende Lücke in der Debatte hingewiesen werden: das Kirchenrecht. Wer wird sich seiner erbarmen?

Michael Brinkschröder